



Psychotherapieversorgung trotz Reform „völlig unzureichend“

Viereinhalb Monate warten auf einen Therapieplatz / SPD mahnt Kostenübernahme an

München, 12.05.2018: Vor rund einem Jahr ist die Psychotherapieversorgung in Deutschland reformiert worden. Hintergrund waren extrem lange Wartezeiten auf einen Therapieplatz. Geändert hat sich trotz Reform offenbar wenig: Nach einem Bericht des NDR müssen Patienten noch immer durchschnittlich 20 Wochen auf eine ambulante Therapie warten.

Ein großer Wurf der Reform sollten die schnell verfügbaren Erstgespräche beim Facharzt sein. Die gibt es inzwischen auch, doch damit ist den Betroffenen nicht geholfen. Meike Hörnke, Heilpraktikerin für Psychotherapie in Ort, berichtet von approbierten Kollegen: „Die hilfesuchenden Menschen kommen zum Erstgespräch, es gibt eine Anamnese und Diagnose, und dann muss der Patient wieder weggeschickt werden, weil es keine freien Termine gibt.“

Das sei, so Dr. Weishaupt, Präsident des Verbandes freier Psychotherapeuten, Heilpraktiker für Psychotherapie und psychologischer Berater, „für die niedergelassenen Kollegen frustrierend und für die Patienten sogar qualvoll.“ In gewisser Weise hätte die „gut gemeinte“ neue Vorschrift der zügigen Erstgespräche die ohnehin angespannte Situation sogar noch verschärft: „Die Erstgespräche blockieren Zeit, die ansonsten für Therapien hätte verwendet werden können. Die Warteliste wird immer länger.“

Nicht jeder Mensch mit psychischen Problemen kann und will Monate auf einen Therapieplatz warten. „Manche niedergelassenen Ärzte weisen Patienten, die nicht sofort versorgt werden können, auf die Möglichkeit hin, sich zunächst an einen Heilpraktiker für Psychotherapie zu wenden“, so Meike Hörnke. Das funktioniert vor allem dann gut, wenn sich Facharzt und Heilpraktiker kennen.

„Natürlich kann man sich auch ohne Empfehlung an einen freien Psychotherapeuten wenden“, sagt Dr. Weishaupt. „Das Problem ist aber, dass die Kassen bei der Kostenübernahme einer Therapie zunehmend restriktiver vorgehen.“ Diese Einschätzung deckt sich mit den Ergebnissen des NDR: Inzwischen, so der Norddeutsche Rundfunk, werde jeder zweite Antrag auf Kostenübernahme durch die Krankenkasse abgelehnt. „Es gibt Menschen, bei denen ist der Leidensdruck so hoch, dass sie die Therapie über einen Nebenjob finanzieren“, berichtet Meike Hörnke.

Der Politik ist das Problem bekannt. Sabine Dittmar (SPD), Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Bundestages, sagte auf NDR, die Politik wolle „Druck machen“, um endlich eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Lasse sich keine spürbare Verkürzung der Wartezeiten realisieren, müsse „natürlich auf das Instrument der Kostenübernahme zurückgegriffen“ werden. Ähnlich äußerte sich Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU): Er erwarte, dass der mit der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung beauftragte Gemeinsame Bundesausschuss „zügig vorankommt“. Wenn es bei Terminvergaben und Wartezeiten hakt, müsse man das rasch ändern, so Spahn.